



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	3
Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt.....	3
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	3
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	3
NEUES von unseren Landtagsabgeordneten	4
Bautzen und Oberland bleiben weiter abgehängt	4
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	5
Druckausgabe Blaue Post Bautzen.....	6
Archiv Blauer Rundbrief	6
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	6
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag.....	6
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 5.4.2026	7
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.4.2026	9
Innovativ und sicher: Sachsen soll Kernforschung fördern	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.4.2026	9
Die Azubis von heute sind unsere Fachkräfte von morgen!	9
Benzinpreis: Runter mit den Steuern – von Polen und Tschechien lernen!.....	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.4.2026	11
Gewalttätige Syrer ins nächste Flugzeug nach Damaskus!	11
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	12
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	12
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	12



Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	13
500 Millionen Euro Mehreinnahmen: Gebt uns unser Geld zurück!	13
Gewaltwelle in Notaufnahmen: Retter schützen, Gewalttäter abschieben!	13
Abschiebehaft für Intensivtäter statt Gefährdung der Bürger!	14
Problemverursacher inszenieren sich als Problemlöser: Echte Entlastung statt CDU-Heuchelei!	15
13-jähriger Iraker prügelt Busfahrer ins Koma: Strafmündigkeit senken, Intensivtäter abschieben!.....	15
Gemeinsame Krankenversicherung für Deutsche gestrichen!	16
Deutschland-Konkurs wegen Brandmauer: AfD-Regierung statt CDU-Stillstand!	17
Syrer in Deutschland "strategisches Gut": Syrien diktiert Merz die Migrationspolitik!	17
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt.....	18
Unionspolitiker fordern Aussetzung des CO ₂ -Preises.....	18
Julius Böhm über die gescheiterte Energiepolitik: „Wer die Systemkosten weglässt, lügt nicht nur, er ruiniert das Land“	18
Video-Empfehlungen	18
Informationskanäle der AfD.....	18
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	19
Radio Klartext.....	19
NIUS – Die Stimme der Mehrheit.....	19
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung	19
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	19
Regionalgruppen im KV Bautzen.....	21
SPENDENKONTO.....	21
KONTAKT:.....	21

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt

Das Jahr 2026 wird in einigen Bundesländern ein spannendes Wahljahr.

Baden-Württemberg Anfang März war leider kein Vorbild. Richtungsweisend werden die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (20.9.2026) und in Sachsen-Anhalt (6.9.2026).

Wir als Kreisverband Bautzen wollen vor allem den Wahlkampf im benachbarten Sachsen-Anhalt unterstützen. Wer Interesse hat, mal einen Tagesausflug mit uns zu machen und beim Verteilen von Flyern zu helfen, kann sich gerne bei uns melden.

Bei genügend Interesse werden wir einen Bus mieten und gemeinsam nach Sachsen-Anhalt fahren. Bitte geben Sie uns unter info@afdbautzen.de Bescheid, ob Sie Interesse haben und in welchem Zeitraum.

Auf der Webseite www.vision2026.de kann man sich auch selbst anmelden, wenn man z. B. einige Tage länger in Sachsen-Anhalt bleiben will.

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.

Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!





Termine:

21./22. Mai 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)

19./20. November 2026

(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**

karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

NEUES von unseren Landtagsabgeordneten

Bautzen und Oberland bleiben weiter abgehängt

Auf Nachfrage (Drs. 8/6308) von Frank Peschel zum aktuellen Planungsstand der Südumfahrung S 106 um Bautzen, erklärte die Staatsregierung, dass die Planungen zur S106 zurückgestellt werden und eine Wiederaufnahme der Planung in Anhängigkeit von den sonstigen Prioritäten geprüft wird.

Dazu erklärt der AfD-Landtagsabgeordnete Frank Peschel:

„Die Antwort der Staatsregierung symbolisiert die katastrophale Finanzsituation im Freistaat und die verfehlte Politik für Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum.

Bautzen und das Oberland bleiben weiter abgehängt, obwohl mit dem Kohlegeld, als auch mit dem Sondervermögen vom Bund, Gelder für wichtige Infrastrukturmaßnahmen vorhanden waren.

Damit ist für Jahrzehnte die Chance verspielt, wichtige Bauprojekte in und um Bautzen umzusetzen.

Die Priorisierung der Staatsregierung geht massiv zu Lasten der Oberlausitz. Weder die Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden-Bautzen-Görlitz/Zittau, noch der Ausbau der A4, sind derzeit erkennbar.

Ich werde mich in der nächsten Landeshaushaltsdebatte dafür einsetzen, dass entsprechende Finanzmittel für die Südumfahrung S106 Bautzen bereitgestellt werden.“

Quelle: https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=6308&dok_art=Drs&leg_per=8&pos_dok=1&dok_id=undefined

Frank Peschel, MdL

8. April 2026



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Mi	15.04.2026	18.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	VORTRAGSABEND der Generation Deutschland Thema: "Einführung in das deutsche Ausländerrecht" Du bist zwischen 16 und 35 Jahre alt? Anmeldung unter: nicole.scharpe@afdbautzen.de
Do	16.04.2026	18.30 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	VORTRAGSABEND mit Jörg Urban, MdL Thema: Flugverkehr in Deutschland Referent: Timo Schreyer, MdL Anmeldung unter: nicole.scharpe@afdbautzen.de
Fr	17.04.2026	18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	STAMMTISCH mit Doreen Schwietzer, MdL
Mi	22.04.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL
Mi	22.04.2026	17.30 Uhr	Gedenktafel Niederkaina	KRANZNIEDERLEGUNG zum gemeinsamen Gedenken an die Opfer von Niederkaina
Di	28.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremler Str. 11	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	29.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	29.04.2026	18.00 Uhr	Bernsdorf OT Straßgräbchen vor der Feuerwehr	BÜRGERDIALOG des Bürgermeisterkandidaten Lutz Härtner Gast: Karsten Hilse, MdB
Do	30.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:

www.afdbautzen.de



Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung.

Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen:

<https://afdsachsen.de/blaue-post-bautzen-ausgabe-april-2026/>

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief (Link ab der nächsten Ausgabe).



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 5.4.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

Kein Tag ohne Hiobsbotschaften aus Politik und Wirtschaft. In dieser Woche des Schreckens schlugen SPD und Union erneut mit dem STEUER-Knüppel zu. Der Staat braucht Geld.

Der wuchernde Regierungsapparat, die gescheiterte Energiewende, (Nicht)Regierungsorganisationen und Migrationsindustrie sowie das Heer an Hinzugekommenen & ständig weiter Hinzukommenden – sie alle fordern ihren Tribut.

Besondere alarmierend dabei ist die doppelte Kampfansage an die Familien als Solidargemeinschaft.



Beginnen möchte ich mit den Plänen der SPD nach Abschaffung des **Ehegattensplittings**.

Karl Marx und Friedrich Engels, denen die Familie ein Dorn im Auge war, hätten ihre helle Freude an dieser SPD-Strafaktion. „Gleicher Arbeitszwang für alle“ sowie „Öffentliche Erziehung aller Kinder“ lauten zentrale Forderungen in deren „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848. Ganz in dieser Tradition bewegte sich Anfang der 2000er Jahre Ex-Kanzler Olaf Scholz, als er die „Lufthoheit“ der SPD „über die Kinderbetten“ beanspruchte.

Die heutigen Sozialisten sprechen von „Subvention der Ehe“. Mit Begriffen wie „Steuerprivileg“ und „Teilzeitfalle“ sekundiert der vom Rundfunk-Zwangsbeitrag alimentierte Deutschlandfunk.

Hier offenbart der linke politisch-mediale Komplex sein ideologiegetriebenes, realitätsfremdes finanzpolitisches Weltbild: Wer Sonderschulden als Sondervermögen bezeichnet, für den sind Steuern, die nicht erhoben werden, dann auch Subventionen.

Millionen Menschen in Deutschland leben das klassische Familienmodell. Ein Ehepartner (zumeist ist es der Ehemann und Vater) geht seiner Karriere nach oder arbeitet zumindest in Vollzeit. Der andere Partner (meistens die Ehefrau und Mutter) kümmert sich um Familie und Haushalt und um die Erziehung der Kinder. Reicht das Einkommen nicht aus, geht der zweite Ehepartner oft einer Teilzeitarbeit nach.

Obwohl von Linken aller Couleur als rückschrittlich angeprangert, ist das kein Auslaufmodell – im Gegenteil: Es ist das von der Mehrheit gewählte Familienmodell.

Sozialisten vergessen gern, dass zu einer Demokratie die Wahlfreiheit gehört. Das heißt auch, dass Frauen – und Männer – die W a h l haben sollen, wie viel Zeit ihres Lebens sie in ihren Beruf oder in ihre Familie investieren wollen.

Für diese Wahlfreiheit setzt sich unsere AfD seit Jahr und Tag ein.



Nun zum **zweiten** Punkt – dem „Aus“ für die **Familienversicherung**:

Die vom Duo Klingbeil-Merz vorgeschickte „Finanzkommission Gesundheit“ unterbreitete am Montag ihre 66 Sparvorschläge. Fazit: Alles wird teurer bei reduzierten Leistungen.

Im Mittelpunkt steht dabei die – Millionen Bürger betreffende – Streichung der beitragsfreien Mitversicherung für nicht oder nur geringfügig erwerbstätige Ehepartner.

Künftig soll ein Mindestbeitrag von 240 Euro monatlich fällig werden. Beispielsweise soll die Ehefrau eines Angestellten – selbsterziehende Mutter zweier schulpflichtiger Kinder – nun in Zukunft 2.880 Euro pro Jahr in die gesetzliche Krankenkasse einzahlen.

Währenddessen bleiben illegale Migranten nebst Familie weiterhin kostenlos versichert. Auch abgelehnte Asylbewerber, die Deutschland schon längst verlassen müssten, erhalten Gesundheitsleistungen – und zwar kostenlos.

In diesem Zusammenhang noch ein anderes brisantes Detail: Der AfD-Bundestagsabgeordnete René Springer deckte auf: „Während deutsche Familien künftig zur Kasse gebeten werden, hält man gleichzeitig an internationalen Abkommen fest, die genau das Gegenteil bewirken. Das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen ermöglicht bis heute die Mitversicherung von Familienangehörigen im Ausland – während man sie im Inland abschaffen will.“

Rechnet man nun die Steuern auf den wegfallenden Freibetrag des Ehegattensplittings von 12.400 Euro zu dem neuen Krankassenbeitrag hinzu, dann kommt eine Normalverdiener-Familie leicht auf jährliche Mehrkosten von 6.000 Euro.

Da die aktuelle Politik zudem Teilzeitjobs erschweren will, bleibt vielen Frauen keine Wahl. Sie werden dazu gedrängt, einer Vollzeittätigkeit nachzugehen, um am Ende mit Ihren Steuern die Schuldenpolitik der Regierung einschließlich des Kinderreichtums illegal Eingewanderter zu bezahlen.

Zeit für eigene Kinder bleibt kaum noch. Für immer mehr Paare wird es finanziell schwieriger bis unmöglich, eine eigene Familie zu gründen, geschweige denn Kinder großzuziehen.

Die ohnehin niedrige Geburtenrate in Deutschland wird weiter sinken – mit unabsehbaren Folgen für das Renten- und Gesundheitssystem. Roland Tichy nennt das zurecht einen „Demografiepolitischen Blindflug“!

Einmal mehr hat die Union ein Versprechen gebrochen. Wollte sie laut Koalitionsvertrag die Familien „in den Mittelpunkt“ stellen, so treibt sie nun selbst eine familienfeindliche Politik voran.

Wer Geburten fördern will, und die – seit Jahren unter dem Niveau der Generationserneuerung liegende – Geburtenrate anheben will, der muss die Rahmenbedingungen für Familien verbessern und nicht verschlechtern.

Anstatt zusätzlicher Steuern und Kassenbeiträge brauchen wir Erleichterungen bei der Ausbildung, beim Wohnen, bei der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienangehörigen.

Und genau dafür steht unsere AfD als Familienpartei!

Bis nächsten Sonntag!

Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/doppelte-kampfansage-an-die-familie/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.4.2026

Innovativ und sicher: Sachsen soll Kernforschung fördern

Die sächsische Staatsregierung soll sich ausdrücklich zu Forschung und Entwicklung im gesamten Bereich der Nukleartechnologie im Freistaat Sachsen bekennen. Das fordert die AfD-Fraktion in ihrem Antrag „Raus aus dem Dornröschenschlaf – Sachsens Expertise in der Kernforschung stärken“ (Drs. 8/6572). Die kerntechnische Expertise soll demnach nicht nur in Sachsen gehalten, sondern auch wieder ausgebaut werden.



Jan Zwerg, energiepolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, erklärt:

„Forschung und Entwicklung werden im Zusammenhang mit der friedlichen Nutzung von [Kernenergie](#) weltweit vorangetrieben. Auch in unseren Nachbarländern befinden sich neue Kernreaktoren im Bau oder in der Planung. Kleine modulare Systeme sind nicht mehr

nur Ideen auf dem Papier – sie sind fester Bestandteil zukünftiger Kernenergienutzung. Kernforschung sichert dem Freistaat Sachsen technologische Souveränität, innovationsgetriebene Standortentwicklung und internationale Sichtbarkeit.

Neben dem Bekenntnis der Staatsregierung zur Nukleartechnologie fordert die sächsische AfD-Fraktion auch konkrete Unterstützungsmaßnahmen für die Forschung und Entwicklung. So sollen Hochschul- und Forschungseinrichtungen gefördert sowie Bachelor- und Masterstudiengänge ausgebaut werden. Forschungsanlagen, wie der Ausbildungsreaktor an der TU Dresden, sind zu erhalten und auszubauen. Sächsische Hochschulen, Wissenschaftler, Gründer und Unternehmen sollen dabei unterstützt werden, ihre nukleartechnologische Kompetenz international sichtbar zu machen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/innovativ-und-sicher-sachsen-soll-kernforschung-foerdern/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.4.2026

Die Azubis von heute sind unsere Fachkräfte von morgen!

Jugendliche, die in Sachsen einen Ausbildungsplatz suchen, haben nach Angaben der Arbeitsagentur weiter gute Chancen. Etwa 9.600 Lehrstellen sind noch frei, wie der Chef der Regionaldirektion Sachsen, Klaus-Peter Hansen, heute in Chemnitz mitteilte.

Frank Peschel, [wirtschaft](#)spolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, erklärt:

„Leider passen Bewerber und Ausbildungsplätze nicht immer zusammen. Dadurch bleiben Lehrstellen unbesetzt. Deshalb wollen wir Wirtschaft als Pflichtfach an den sächsischen Schulen einführen. Ein eigenständiges Fach Wirtschaft vermittelt, was Schule heute oft nur am Rand und unzureichend leistet: Wie entstehen Preise und Löhne? Was sind Angebot und Nachfrage? Was bedeutet Produktivität? Welche Rolle spielen Steuern, Abgaben und Sozialversicherungen? Wie baut man ein Unternehmen auf?

Unsere sächsischen Ausbildungsbetriebe wünschen sich, dass dieses Grundwissen bereits in der Schule behandelt wird. Denn dann fällt der Einstieg ins Berufsleben leichter und bei einer praxisnahen Vermittlung der Wirtschaft werden viele Schüler bereits frühzeitig Ideen entwickeln, was sie später einmal machen wollen.“



Thomas Thumm, regionalpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, ergänzt:

„Wir fordern einen staatlichen Führerscheinzuschuss in Höhe von 1.000 Euro für alle Azubis in Sachsen. Viele Auszubildende aus ländlichen Regionen sind schon allein deshalb auf das Auto angewiesen, weil der Weg zur Berufsschule sonst mit Bus und Bahn eine stundenlange Tortur wäre. Da der Führerschein aber inzwischen durchschnittlich fast 4.000 Euro kostet, muss der Staat der Jugend unter die Arme greifen. Unser Führerschein-Zuschuss zielt auch darauf ab, eine Gleichbehandlung von Studenten und Azubis zu erreichen. Bisher wird deutlich mehr für Studenten getan.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/die-azubis-von-heute-sind-unsere-fachkraefte-von-morgen/>

Benzinpreis: Runter mit den Steuern – von Polen und Tschechien lernen!

Die Kraftstoffpreise sind hoch wie nie und sachsenweit ärgern sich die Bürger beim Tanken. Von Pendler-Zuschüssen bis Gewerbediesel werden nun zahlreiche Einzelmaßnahmen vorgeschlagen, um die Kraftstoffpreise wieder bezahlbar zu machen.



Von Polen und Tschechien LERNEN! 

Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag, ist von den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht überzeugt und erklärt:

„Von Sachsen aus müssen wir doch nur kurz über die Grenze nach Polen und Tschechien schauen. Benzin und Diesel sind dort wesentlich günstiger als in Deutschland. Polen hat die Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe von 23 Prozent auf acht Prozent gesenkt. Das Energieministerium kann außerdem die Energiesteuer befristet weiter reduzieren. Die Regierung will diese Abgabe auf das niedrigste nach EU-Recht zulässige Niveau absenken. Und in Tschechien wird ab heute die Diesel-Steuer gesenkt. Richtig so!

Es ist doch viel besser, Steuern und Abgaben für alle zu senken, als beispielsweise mit Pendler-Zuschüssen nur einzelne Gruppen zu entlasten. Im schlimmsten Fall wird mit solchen Maßnahmen noch zusätzliche Bürokratie geschaffen. In Deutschland wird der Kraftstoffpreis maßgeblich durch hohe Energiesteuern, die

CO2-Abgabe und die Mehrwertsteuer bestimmt. Die Steuern und CO2-Abgaben sind hier auf internationalem Rekordniveau. Runter damit!

Bei einem Preis von 2,20 Euro pro Liter Benzin gehen rund 66 Prozent an den Staat – das entspricht ganzen 1,45 Euro. André Barth, finanzpolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, hat gerade im Sächsischen Landtag vorgerechnet, dass der deutsche Staat derzeit in einer Woche an den Tankstellen 200 Millionen Euro einnimmt. Das entspricht etwa einer Milliarde Euro pro Monat. Es wird Zeit, diese Abzocke zu beenden und die Bürger von den hohen Spritkosten zu entlasten. Wir fordern: Die CO2-Abgabe komplett streichen! Die Energiesteuer und die Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe reduzieren oder ganz aussetzen! Dann wird das Tanken auch wieder bezahlbar.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/benzinpreis-runter-mit-den-steuern-von-polen-und-tschechien-lernen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.4.2026

Gewalttätige Syrer ins nächste Flugzeug nach Damaskus!

Attacke in Dresden-Gorbitz: Eine Gruppe von etwa zehn jungen Syrern hat am späten Dienstagabend drei Männer mit Schlägen, Flaschen und einem Messer angegriffen. Ein Geschädigter kam mit Verletzungen ins Krankenhaus. Die anderen beiden erlitten leichte Verletzungen. Fünf Tatverdächtige konnten festgenommen werden.

Sebastian Wippel, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, betont:

„Sachsen hat ein Problem mit steigender Gewaltkriminalität und immer mehr Messerangriffen. Deshalb wollen wir die Polizei besser ausstatten und Messergewalt härter bestrafen. Gewalttätige Syrer setzen wir auch gerne ins nächste Flugzeug nach Damaskus. Da können sie sich dann beim Wiederaufbau ihrer Heimat nützlich machen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/gewalttaetige-syrer-ins-naechste-flugzeug-nach-damaskus/>





Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



500 Millionen Euro Mehreinnahmen: Gebt uns unser Geld zurück!

Während die Bürger an den Zapfsäulen verzweifeln, füllen sich die Staatskassen von selbst. Berechnungen des RWI-Instituts belegen, dass der Fiskus allein im März bis zu 490 Millionen Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen durch hohe Spritpreise eingestrichen hat. Besonders drastisch zeigt sich die Abzocke beim Diesel, der sich um 32,4 Prozent verteuerte. Täglich fließen so zwölf Millionen Euro extra an Finanzminister Klingbeil (SPD) und Kanzler Merz (CDU).

Diese Entwicklung belegt, dass man den Autofahrer als Melkkuh missbraucht. Während Nachbarländer wie Polen oder Österreich die Preise aktiv senkten, lässt man die Menschen hierzulande im Stich. Die explodierenden Kosten vernichten Kaufkraft und schaden der Wirtschaft. Besonders Pendler im ländlichen Raum werden durch diese künstliche Verteuerung in die Knie gezwungen. Es bleibt unerträglich, dass der Staat aus der Not der Bürger massiven Profit schlägt.

Wir fordern ein Ende dieser Bereicherung durch Schwarz-Rot. Die AfD setzt sich für die Abschaffung aller CO₂-Abgaben und eine massive Senkung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe ein. Anstatt über neue Belastungen zu schwadronieren, muss die Abgabenlast endlich fallen. Nur durch echte Steuersenkungen bekommt der arbeitende Bürger sein Geld zurück. Mobilität darf in Deutschland kein Luxusgut werden.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1471398997689077&set=a.797289411766709>

Gewaltwelle in Notaufnahmen: Retter schützen, Gewalttäter abschieben!

In unseren Krankenhäusern herrschen Zustände, die fassungslos machen. Pflegekräfte werden beschimpft, bespuckt, körperlich angegriffen oder sexuell belästigt. Zum Beispiel in Plettenberg: Eine Krankenschwester berichtet von Kolleginnen, die Opfer von Gewalttaten wurden, während Pflegedirektor Heiko Heseler von einem Nasenbeinbruch durch einen Kopfstoß erzählt. Die Polizei muss wöchentlich mehrfach anrücken, um das Personal vor Patienten zu schützen. Selbstverteidigungskurse und Notfallknöpfe gehören nun zum Alltag in der Notaufnahme, da die Sicherheit am Arbeitsplatz verschwunden ist.



Dieser Kontrollverlust ist kein Einzelfall, sondern symptomatisch für Deutschland. Drei Viertel der Kliniken melden eine Zunahme von Übergriffen, wobei 70 Prozent der Pflegekräfte bereits Gewalt erlebten. Wenn Retter zu Opfern werden, bricht das soziale Fundament weg. Die Folgen sind fatal:

Personal verlässt aus Angst den Beruf. Es ist das bittere Resultat einer Politik, die Respektlosigkeit gegenüber sozialen Institutionen viel zu lange geduldet hat.

Wir fordern eine Null-Toleranz-Strategie gegen Gewalttäter. Wer Pflegekräfte angreift, muss die volle Härte des Rechtsstaates spüren. Die Sicherheit in Kliniken muss durch verstärkte Präsenz und konsequente Strafverfolgung wiederhergestellt werden. Kriminelle Täter ohne Bleiberecht gehören sofort abgeschoben. Deutsche Krankenhäuser müssen wieder sichere Orte der Heilung statt Tatorte sein.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1471274217701555&set=a.797289411766709>



Abschiebehaft für Intensivtäter statt Gefährdung der Bürger!

In Gera versetzt der 21-jährige Syrer Mayas Al M. die Bürger in Angst. Die Staatsanwaltschaft führt gegen den Intensivstraftäter 21 Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung, Diebstahl und Drogenvergehen. Bereits 2022 fiel der Mann wegen unerlaubten Aufenthalts auf, doch er läuft weiterhin frei herum. Er schlägt Opfern mit der Faust ins Gesicht oder verletzt Autofahrer durch Flaschenwürfe. Selbst schwere Delikte an Bahnhaltstellen führten bisher zu keinerlei Konsequenzen für den Täter.

Diese Zustände sind die Folge einer gescheiterten Sicherheitspolitik, die nun unter Kanzler Merz (CDU) und Innenminister Dobrindt (CSU) fortbesteht. Wenn Schwerstkriminelle trotz Dutzender Verfahren keine Haft fürchten müssen, verliert der Rechtsstaat seine Glaubwürdigkeit. In Gera zeigt sich der totale Kontrollverlust, da Mayas Al M. kein Einzelfall bleibt. Ein weiterer Syrer verletzte dort Senioren schwer, nachdem man ihn trotz eines Angriffs auf einen Rentner wieder freigelassen hatte. Die Sicherheit der Bürger wird hier systematisch geopfert.

Wir fordern das Ende dieser Narrenfreiheit für ausländische Intensivtäter. Wer das Gastrecht missbraucht, hat jeden Anspruch auf Aufenthalt verwirkt. Statt wirkungsloser Prüfungen brauchen wir die unverzügliche Rückführung von Schwerkriminellen in ihre Herkunftsländer. Die AfD steht für eine echte Rückführungsoffensive und die konsequente Anwendung des Rechts. Nur durch einen harten Kurswechsel in der Migrationspolitik lässt sich die Sicherheit in unseren Städten wiederherstellen.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1470653087763668&set=a.797289411766709>

Problemverursacher inszenieren sich als Problemlöser: Echte Entlastung statt CDU-Heuchelei!

Die CDU-Ministerpräsidenten Kretschmer, Voigt und Schulze versuchen sich pünktlich vor den nächsten Wahlen als vermeintliche Anwälte der Autofahrer zu inszenieren. Angesichts der Rekordpreise an den Tankstellen fordern sie nun heuchlerisch eine Entlastung von lächerlichen 15 Cent pro Liter durch eine bloß vorübergehende Aussetzung der CO₂-Steuer. Dass ausgerechnet jene Politiker, die diese Teuerungs-Spirale über Jahre hinweg selbst mit aufgebaut haben, nun plötzlich "gesellschaftspolitischen Sprengstoff" wittern, ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Kanzler Merz und seine Landeschefs spielen hier ein durchschaubares Theaterstück, während vor allem Pendler, Mittelstand und die Landwirtschaft unter der von der CDU mitverantworteten Last fast zusammenbrechen.



Die hohen Kraftstoffpreise sind kein Zufall, sondern das gewollte Ergebnis einer Politik, die Mobilität zum Luxusgut degradiert hat. Wenn Voigt (CDU) nun davon spricht, was im Geldbeutel ankommen müsse, verschweigt er bewusst, dass seine Partei den Staat zum schamlosen Profiteur jedes Tankvorgangs gemacht hat. Die Menschen im ländlichen Raum, die zwingend auf das Auto angewiesen sind, werden von dieser CDU-Politik seit Jahren verraten und für dumm verkauft.

Die geforderte befristete Aussetzung der CO₂-Abgabe ist nichts weiter als eine Mogelpackung und billige Wahltaktik, um von der eigenen Verantwortung abzulenken. Eine echte Lösung sieht anders aus: Wir fordern die vollständige und ersatzlose Abschaffung aller CO₂-Abgaben sowie eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe auf sieben Prozent. Durch eine Reduzierung der Energiesteuer auf das absolute EU-Minimum lässt sich der Literpreis durch diese Maßnahmen sofort um etwa 60 bis 70 Cent drücken. Anstatt die Bürger mit halbherzigen Vorschlägen und Klima-Ideologie weiter zu schröpfen, muss das System Merz endlich gestoppt werden. Die CDU ist nicht die Lösung, sie ist die Ursache der Misere.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1470487447780232&set=a.797289411766709>



13-jähriger Iraker prügelt Busfahrer ins Koma: Strafmündigkeit senken, Intensivtäter abschieben!

Blutiger Exzess in Leipzig-Lindenthal: In einem Bus der Linie 90 wurde ein 62-jähriger Busfahrer fast zu Tode geprügelt! Ein Jugendlicher (13) aus dem Irak, der bereits als Intensivtäter bekannt war, schlug derart brutal auf den Mann ein, dass dieser nach einer Notoperation nun im Koma liegt. Es ist ein Skandal ohnegleichen: Weil der Täter offiziell noch als Kind gilt, bleibt diese furchtbare Tat für ihn strafrechtlich folgenlos. Während ein Busfahrer um sein Überleben kämpft, schützt unser kaputtes System einen gewaltbereiten Migrant, der längst hätte gestoppt werden müssen!

Dieser Fall verdeutlicht das Sicherheitsdefizit im öffentlichen Nahverkehr und die Ohnmacht des Rechtsstaates gegenüber kriminellen Minderjährigen. Es ist unerträglich, dass Menschen im Dienst für die Allgemeinheit um ihr Leben fürchten, während Täter

aufgrund veralteter Gesetze keine strafrechtlichen Konsequenzen spüren. Die Einstufung als Intensivtäter beweist, dass pädagogische Maßnahmen bei diesem Individuum versagt haben. Wenn kriminelle Vorgeschichte und Gewaltbereitschaft aufeinandertreffen, leidet die Sicherheit aller Bürger. Das Vertrauen in den Staat schwindet, wenn brutale Gewalt folgenlos bleibt.

Die AfD fordert die Herabsetzung der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre, damit solche Taten sanktioniert werden. Wer zuschlägt wie ein Erwachsener, muss auch die Härte des Gesetzes spüren. Zudem braucht es einen konsequenten Schutz im ÖPNV und die sofortige Abschiebung straffälliger Ausländer. Nur harte Strafen und eine echte Rückführungsoffensive stellen die Sicherheit wieder her.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1469912151171095&set=a.797289411766709>

Gemeinsame Krankenversicherung für Deutsche gestrichen!

Die Regierung unter Merz (CDU) plant einen harten Einschnitt bei der Krankenversicherung. Laut Finanzkommission soll die beitragsfreie Mitversicherung für Ehepartner enden. Betroffene müssten ab 2027 monatlich etwa 240 Euro Mindestbeitrag zahlen. Während die Bürger abkassiert werden, bleibt das türkische Sozialabkommen von 1964 unangetastet. Für Angehörige in der Türkei ändert sich nichts. Sie bleiben weiterhin kostenlos mitversichert, finanziert durch hiesige Beitragszahler.

Diese Ungleichbehandlung ist ein Skandal. Finanzminister Klingbeil (SPD) belastet die Leistungsträger, während Privilegien für das Ausland bleiben. Dass ein hiesiges Ehepaar künftig fast 3000 Euro im Jahr zusätzlich zahlt, während für Angehörige in Ankara der Nulltarif gilt, ist ungerecht. Man schafft eine Zweiklassengesellschaft zulasten der eigenen Bürger. Die Belastungsgrenze ist erreicht, doch die Regierung schützt lieber veraltete Verträge vor dem Wohl der heimischen Versicherten.

Wir fordern ein Ende dieser Bevorzugung und die Neuverhandlung veralteter Abkommen. Deutsche Beiträge müssen den Einzählern vor Ort zugutekommen. Die Zweckentfremdung von Sozialmitteln für das Ausland muss stoppen. Wir wollen eine Krankenversicherung, die Beiträge senkt, statt Eheleute neu zu belasten. Es braucht eine Politik, die zuerst an die eigenen Bürgerdenkt und die Beitragsgelder verantwortungsvoll im eigenen Land einsetzt. Nur eine echte Wende in der Sozialpolitik schützt unsere Kassen vor dem finanziellen Ruin.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1469795757849401&set=a.797289411766709>





Deutschland-Konkurs wegen Brandmauer: AfD-Regierung statt CDU-Stillstand!

Die führenden Wirtschaftsinstitute haben in ihrem neuesten Gutachten eine alarmierende Prognose für Deutschland abgegeben und bereiten die Bevölkerung auf eine dauerhafte Phase des Nullwachstums vor. Unter Kanzler Merz (CDU) und Finanzminister Klingbeil (SPD) bleibt unser Land das Schlusslicht der Industrienationen, da man den Anschluss an den Wettbewerb verloren hat. Diese katastrophalen Zahlen belegen das Scheitern einer Politik, die lediglich den wirtschaftlichen Abstieg verwaltet.

Ein dauerhafter Stillstand bedeutet für die Bürger den schleichenden Verlust ihres Wohlstandes sowie eine unsichere Zukunft für kommende Generationen. Wenn Investitionen ausbleiben und Unternehmen aufgrund der Steuerlast sowie hoher Energiekosten abwandern, bricht das Rückgrat des deutschen Mittelstands unweigerlich zusammen. Diese Entwicklung trifft jeden Arbeitnehmer, dessen Reallohn durch die anhaltende Stagnation und die damit verbundene Teuerung massiv entwertet wird.

Die AfD fordert angesichts dieser Lage eine sofortige Kehrtwende, die durch massive Steuersenkungen und die Entlastung der Betriebe den dringend benötigten Wachstumsimpuls setzt. Anstatt sich mit Stillstand abzufinden, muss die wirtschaftliche Freiheit wiederhergestellt werden, damit Deutschland wieder zum Motor Europas werden kann. Nur durch marktwirtschaftliche Prinzipien lässt sich der Wohlstandsverlust stoppen und der Wirtschaftsstandort für Investoren wieder attraktiv gestalten.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1466136631548647&set=a.797289411766709>

Syrer in Deutschland "strategisches Gut": Syrien diktiert Merz die Migrationspolitik!

Syrien diktiert der Bundesregierung mittlerweile ganz offen die Bedingungen für die deutsche Migrationspolitik. Die Führung in Damaskus lehnt Versuche einer sogenannten Zwangsumsiedlung kategorisch ab und betrachtet Syrer im Ausland stattdessen als strategisches nationales Gut für die eigenen Machtinteressen. Dass Kanzler Merz (CDU) und sein Kabinett diesen Anweisungen einer fremden Macht offenbar widerspruchslos folgen, stellt einen beispiellosen Offenbarungseid der deutschen Außenpolitik dar.

Diese Entwicklung offenbart den totalen Souveränitätsverlust unter der Führung von CDU und SPD. Anstatt deutsches Recht konsequent durchzusetzen und Ausreisepflichtige endlich in ihre Heimat zurückzuführen, lässt man sich als Erfüllungsgehilfe für fremde strategische Ziele instrumentalisieren. Die Bürger in unserem Land müssen die Folgen dieser Unterwürfigkeit tragen, die von überlasteten Sozialsystemen bis hin zu einer prekären Sicherheitslage in vielen Städten reichen. Es ist ein Verrat am Wählerauftrag, wenn Merz (CDU) deutsche Interessen den Forderungen eines nahöstlichen Regimes unterordnet.





Die AfD fordert ein sofortiges Ende dieser würdelosen Fremdbestimmung und den Übergang zu einer echten Rückführungsoffensive ohne faule Kompromisse. Wir brauchen eine Regierung, die den Schutz der eigenen Grenzen und die Sicherheit der Bürger endlich über die Befindlichkeiten ausländischer Potentaten stellt, indem Abschiebungen nach Syrien konsequent vollzogen werden. Nur eine grundlegende Wende in der Migrationspolitik inklusive der Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer kann den Rechtsstaat und die Stabilität unseres Sozialgefüges langfristig wiederherstellen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1465980058230971&set=a.797289411766709>

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Unionspolitiker fordern Aussetzung des CO₂-Preises

<https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2026/unionspolitiker-fordern-aussetzung-des-co2-preises/>

Julius Böhm über die gescheiterte Energiepolitik: „Wer die Systemkosten weglässt, lügt nicht nur, er ruiniert das Land“

https://nius.de/nius-live/julius-boehm-ueber-die-gescheiterte-energiepolitik-wer-die-systemkosten-weglaesst-luegt-nicht-nur-er-ruiniert-das-land#google_vignette

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de

t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de

t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL

instagram.com/doreenschwietzer_afd

www.doreen-schwietzer.de

t.me/schwietzer

twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527



Junge Alternative Oberlausitz

[instagram.com/ja_oberlausitz](https://www.instagram.com/ja_oberlausitz)

www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz

t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/

www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/

www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/

www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda

www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

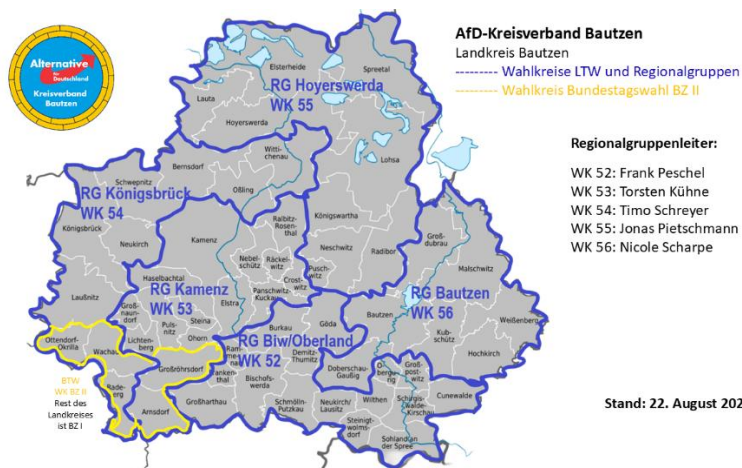
www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen